



17.05.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

und täglich grüßt das Murmeltier: Statt endlich vernünftige Haushaltsvorschläge vorzulegen, damit wir in die soziale, innere und äußere Sicherheit vor allem der zukünftigen Generationen investieren können, wird wieder einmal der Sozialstaat angegriffen. Diesmal wird die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren gefordert und dabei fälschlicherweise von der „Rente mit 63“ gesprochen. Die „Rente mit 63“ gibt es aber so schon lange nicht mehr. Für den Rentnerjahrgang 1960 liegt die Grenze beispielsweise mittlerweile bei 64 Jahren und 4 Monaten. In den kommenden Jahren steigt sie für spätere Rentnerjahrgänge bis auf 65 Jahre an. **Die abschlagsfreie Rente nach einem langen Arbeitsleben ist keine soziale Wohltat, sondern die Menschen haben sie sich schlicht und einfach verdient.**

Es geht um diejenigen, die früh angefangen haben zu arbeiten, etwa Pflegekräfte, Handwerkerinnen und Handwerker oder Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter. Häufig wird die Forderung, den abschlagsfreien Zugang abzuschaffen, mit dem Fachkräftemangel begründet. Dabei wird vergessen, dass seit dem 1. Januar 2023 alle Rentnerinnen und Rentner neben ihrer Altersrente so viel verdienen können, wie sie wollen – eine Hinzuverdienstgrenze gibt es seitdem nicht mehr. Das heißt, am Renteneintritt kann es gar nicht liegen, dass die Menschen nicht mehr arbeiten gehen. Es sind dann wohl doch die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und die eigene Gesundheit, die die Menschen veranlassen, auf einen Teil ihres Einkommens zu verzichten. **Mit uns wird es keine Abschaffung der abschlagsfreien Rente geben.**

**KONZEPTE FÜR MEHR
LOHNABSTAND**



SPD: Löhne rauf!

**CDU:
Bürgergeld runter!**



SPD Fraktion im
Bundestag

Das Spiel der Union und der FDP machen wir nicht mit. Denn die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vertritt man nicht, indem man diejenigen, die wenig verdienen gegen diejenigen ohne festes Einkommen ausspielt. Wir stärken vor allem denen den Rücken, die den Laden am Laufen halten und sorgen dafür, dass sie ohne Sorgen auch im Alter ein gutes und sicheres Leben haben. Das ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung aller Menschen. Deshalb ist auch der Vorstoß von Olaf Scholz richtig: Der Mindestlohn muss weiter ansteigen, da die Erhöhung in diesem und nächstem Jahr zu gering ausfällt. **Und während die Konservativen wieder einmal etwas von Tarifautonomie faseln, vergessen sie zu erwähnen, dass es die Arbeitgeberseite war, die in der Mindestlohnkommission die einheitliche Beschlussfassung aufgekündigt und die zu geringe Erhöhung gegen die Interessen der Arbeitnehmerseite durchgesetzt hat.** Ich bin der festen Überzeugung: Wer neulich noch das im Grundgesetz verankerte Streikrecht in Frage gestellt hat und ständig fordert, dass sich Arbeit wieder „mehr“ lohnen müsse, sollte seiner Linie treu bleiben und das Wort der Tarifautonomie nicht in den Mund nehmen. Die Union tut nichts für die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Während sie von ihrer eigenen Zustimmung zum Bürgergeld nichts mehr wissen möchte, hat sie der letzten Mindestlohnerhöhung nicht zugestimmt. Wir setzen auf starke Löhne, am besten nach Tarif.

WIR MACHEN DAS BAFÖG BESSER!

- ✓ Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Studierende mit wenig Geld
- ✓ Höhere Freibeträge, anrechnungsfreie Minijobs
- ✓ Flex-Semester: Zusatzsemester ohne Angabe von Gründen
- ✓ Längere Förderhöchstdauer

... und können es noch besser machen. Wir fordern:

- Höherer Grundbedarf und höhere Wohnkostenpauschale als Ausgleich für gestiegene Preise
- Schuldendeckel (nach der BAFÖG-Förderung zurückzahlende Gesamtsumme) soll nicht erhöht werden

SPD Fraktion im
Bundestag

Seit über 50 Jahren unterstützt das Bafög junge Menschen auf ihrem Ausbildungsweg. In dieser Woche haben die Bafög-Reform in erster Lesung im Bundestag beraten. Wir wollen, dass das Bafög besser an den realen Studienbedingungen orientiert und flexibler gestaltet ist. Dafür führen wir zum Beispiel eine Studienstarthilfe von 1000 € für diejenigen ein, die Wohngeld oder Bürgergeld beziehen, damit sie sich den Start des Studiums leisten können. Und wir erhöhen die Zuverdienstgrenze, damit ein Minijob anrechnungsfrei bleibt und wir erhöhen ebenfalls erneut die Elternfreibeträge, damit mehr junge Menschen anspruchsberechtigt sind. Wer einen Fachrichtungswechsel anstrebt, hat künftig ein Semester länger dafür Zeit. Zudem führen wir ein Flexibilitätssemester ein: das bedeutet, dass man ohne Angaben von Gründen ein Semester über die

Regelstudienzeit hinaus studieren kann. Die Änderungen sollen bereits zum kommenden Schuljahr/Semester in Kraft treten. Neben diesen strukturellen Verbesserungen ist für uns im Regierungsentwurf gerade der Grundbedarf und die Wohnkostenpauschale noch nicht hoch genug. Denn in den vergangenen Jahren sind die Preise gestiegen und auch Studierende müssen dementsprechend entlastet und unterstützt werden. Daher werden wir uns für eine weitere Erhöhung in den jetzt beginnenden parlamentarischen Beratungen einsetzen.

Das Kabinett hat am Mittwoch die Krankenhausreform beschlossen. Unser Krankenhaussystem ist eins der teuersten der Welt, ohne auch die beste Qualität der Welt zu gewährleisten. Die Krankenhausreform ist unaufschiebbar, wenn wir eine dauerhaft an Qualität, Zuverlässigkeit und Erreichbarkeit orientierte Versorgung haben wollen. Für uns stehen immer die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt. Wir nehmen den ökonomischen Druck aus dem System und sichern Krankenhäusern durch Vorhaltepauschalen für Grundleistungen finanziell ab. Wir werden dafür sorgen, dass Leistungen dort angeboten werden, wo sie gebraucht werden und nicht dort, wo sie sich finanziell rechnen.

In dieser großen Reform kommt den Ländern eine entscheidende Bedeutung zu. Wir verbessern deren Planungsmöglichkeiten. Sie entscheiden, welches Krankenhaus, welche Leistungsgruppen anbieten soll und welches nicht. Wir werden diese Reform jetzt im parlamentarischen Verfahren über den Sommer hinweg beraten. Ich stehe hierzu – wie immer – gerne für Fragen, Anregungen und Gespräche bereit. Gemeinsam mit weiteren Gesetzesvorhaben werden wir damit die Gesundheitsversorgung in ganz Deutschland verbessern.

Gestern Abend habe ich mich in Berlin mit meiner Patenschülerin Natasha und meinem Patenschüler Levin des Parlamentarischen-Patenschafts-Programms aus den USA getroffen. Schon zu Beginn des Jahres haben wir uns in Herborn getroffen und ich freue mich umso mehr, dass sie nun auch in Berlin waren und den Deutschen Bundestag kennenlernen durften. Sie sind seit Mitte des vergangenen Jahres in Deutschland und wohnen im Lahn-Dill-Kreis in einer Gastfamilie. Vielen Dank, dass ich Euch kennenlernen durfte. Für Eure Zukunft wünsche ich Euch alles Gute! Zudem bedanke ich mich herzlich bei den Gastfamilien, die sie aufgenommen haben!



Zum Abschluss noch ein Ausblick auf die kommende Woche: Am Dienstag bin ich auf dem Wochenmarkt im Rahmen der Dialogtour der SPD-Bundestagsfraktion in Braunfels auf dem Wochenmarkt und stehe für Gespräche bei leckeren frisch gebackenen Waffeln zur Verfügung. Am 27.05. bin ich ebenfalls im Rahmen der Dialogtour am Bahnhof in Wetzlar und verteile Kaffee und Frühstücks-Snacks. Ich freue mich über Alle, die vorbeikommen!

Ich wünsche allen ein schönes Pfingstwochenende!

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt